



KOMMENTAR

PRIVATHEIT IM NEULAND

Originalton Angela Merkel: „Das Internet ist für uns alle Neuland.“ Als die Kanzlerin im Juni 2013 bei einer Pressekonferenz mit US-Präsident Obama diesen Satz sprach, empörte sich die Netzgemeinde. Für sie rollte die Bundeskanzlerin da auf den Pannestreifen von Helmut Kohls Datenautobahn.

Doch ein Jahr später zeigt sich immer mehr, wie undurchsichtig der virtuelle Raum ist. Und dabei geht es gar nicht um die globale Dimension des NSA-Skandals, die Überwachung von Lieschen Müller oder Angela Merkel. Nein, es häufen sich grundlegende Konflikte um die wirtschaftliche Macht im Netz.

Da ist das Ansinnen auf unterschiedliche Geschwindigkeiten im Netz. Gewiss, eine Überholspur passt zum freien Markt, sie würde aber auch das Ende der so wichtigen Netzneutralität und der damit verbundenen Gleichberechtigung bedeuten. Und da ist das Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 13. Mai, der ein „Recht auf Vergessen“ im Internet einfordert. Demnach muss Google künftig Hinweise auf sensible persönliche Daten unter Umständen aus seinen Ergebnislisten streichen.

Hinter all dem steckt mehr. Es geht

um den wertvollen Rohstoff Daten und dessen automatisierte Verarbeitung zur Werbevermarktung. Und um Marktmacht, die zu Macht, zur Bedrohung werden kann. Die deutsche und europäische Politik – laut dabei Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel – erwägt Regulierungen.

Google gibt sich betroffen. Ziel sei es doch, den Menschen zu dienen. Bevor das allzu sehr nach Heilsarmee klingt: Google ist ein börsennotiertes Unternehmen mit besten Renditen und Marktdominanz. Ziel solcher Unternehmen – und da ist gar nichts gegen zu sagen – ist es, Gewinne zu machen und zu mehren. Aber wer da von „dienen“ spricht, müsste bei Pluralität im Netz oder auch beim Respekt vor Privatheit gewiss ganz anders agieren.

Den Konflikt zeigt exemplarisch eine Debatte, die die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ anstieß und pflegt. Da streckte der Springer-Vorstandschef Mathias Döpfner (der Chef jenes Konzerns also, zu dem auch „Bild“ mit seinem feinen Verständnis für Persönlichkeitsrechte zählt) die Waffen vor Google: Der supra-nationale Konzern sei eine „weltmarktbeherrschende Großbank der Verhaltenswährung“,

in seinem Wirken „eindrucksvoll und gefährlich“. Die Zeitung der klugen Köpfe fokussiert im Print derzeit einen Konflikt, den die klugen Köpfe des Netzes schon länger pflegen. Es geht um digitale Supermächte jenseits aller verfassten Institutionen, Supermächte, die eben auch kontrollieren und manipulieren können.

Vielleicht wächst – über den NSA-Skandal, über die Google-Debatte – ein neues Bewusstsein für die Macht des Netzes, für den unendlich hohen Wert von Privatheit und die Verantwortung des Einzelnen beim Umgang mit Daten. Und all das mag auch dazu beitragen, dass manche Lyrik an Kraft verliert (schließlich können „soziale Medien“ in Zeiten von Shitstorm und Netzempörung immer auch „asoziale Medien“ sein).

Wann wird aus Neuland vertrauter Raum? Wer kartografiert den virtuellen Raum aus welchen Interessen? Der Kampf um Freiheitsrechte und Schutzanspruch, um wirtschaftliche Interessen und staatliche Kontrolle zeichnet sich erst ab. Und immer deutlicher wird, wie sehr es dabei um grundlegende Persönlichkeitsrechte jedes einzelnen geht. Journalisten sollten da mehr als wachsam bleiben. *Christoph Strack*

**Alle früheren Kommentare finden Sie im Internet unter:
www.gkp.de/mitglieder/kommentare**